

Frankfurt, den 04. Juni 2013



Resolution des Beirats der IG Metall zum Polizeieinsatz anlässlich der Blockupy - Protesttage

Für das Recht auf Meinungs- und Demonstrationsfreiheit

Am 31. Mai und 1. Juni 2013 fanden in Frankfurt am Main die Protesttage der Blockupy-Bewegung statt. Die Kritik von Blockupy zielt auf die demokratisch nicht legitimierte Macht der Banken sowie die fatalen Folgen der neoliberalen Austeritätspolitik in vielen Ländern Europas, durch die Gewerkschaftsrechte beschädigt, soziale Rechte demontiert und immer mehr Menschen, vor allem der jungen Generation, in Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit getrieben werden.

In überzogener Härte und Aggression hat die Polizei in Frankfurt am Samstag den gerichtlich genehmigten Demonstrationzug gestoppt und blockiert. Mehrere hundert Menschen wurden durch die Polizei eingekesselt und für Stunden gegen ihren Willen festgehalten.

Die IG Metall kritisiert das Vorgehen der politischen und polizeilichen Führung. So wird das demokratisch garantierte Grundrecht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit eingeschränkt und zugleich die einzelnen Polizistinnen und Polizisten in falschen und unnützen Konfrontationen aufgerufen.

Der Beirat der IGM fordert:

- die lückenlose Aufklärung der Planungen und Entscheidungen, die zu dieser Polizeistrategie geführt haben;
- die Entscheidungsträger in die politische Verantwortung zu nehmen und entsprechende Konsequenzen personeller und politischer Art zu ziehen;
- eine offene und faire Auseinandersetzung mit den Argumenten der „Blockupy-Bewegung“.

Die IG Metall weiß sich einig mit allen, die für eine gute Zukunft Europas streiten: Wir stehen zu Europa! Aber wir wollen kein Europa der Banken und des Sozialabbaus. Wir wollen ein soziales und demokratisches Europa der Arbeitnehmerrechte und der Solidarität.